# S 29 AL 247/00

# Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 12
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft - Bundesagentur für Arbeit

Leistungsnachweis Entgeltbescheinigung

Verwaltungsakt

formeller Verwaltungsakt beitragspflichtige Einnahmen

Meldung Beigeladener

Rentenversicherungsträger

1. Die Bundesagentur für Arbeit ist als meldepflichtiger Sozialleistungsträger weder berechtigt noch verpflichtet die beitragspflichtigen Einnahmen und die auf dieser Grundlage zu zahlenden Rentenversicherungsbeiträge selbst

festzustellen.

2. Im Prozess des Leistungsbeziehers gegen die unzuständige Bundesagentur für Arbeit kann eine Sachentscheidung

zur Beitragshöhe in der

Rentenversicherung nicht entsprechend §

75 Abs 5 SGG gegenüber dem

beigeladenen Rentenversicherungsträger

ergehen.

SGB X § 31

SGB X <u>§ 44 Abs 1</u> SGB IV <u>§ 28a Abs 1</u>

SGB IV <u>§ 28h Abs 1</u>

SGB VI <u>§ 166 Abs 1 Nr 2</u>

SGB VI § 166 Abs 1 Nr 2a F: 1999-12-22

SGB VI § 170 Abs 1 Nr 1

SGB VI <u>§ 173 S 2</u>

SGB VI § 191 S 1 Nr 2

SGB VI <u>§ 191 S 2</u> SGB VI <u>§ 212 S 1</u>

SGG § 75 Abs 5

Leitsätze

Normenkette

#### 1. Instanz

Aktenzeichen S 29 AL 247/00 Datum 15.05.2001

## 2. Instanz

Aktenzeichen L 1 (9) AL 129/01

Datum 15.07.2003

### 3. Instanz

Datum 25.03.2004

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 15. Juli 2003 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

## Gründe:

I

Die Beteiligten streiten um die H $\tilde{A}$ ¶he des Entgelts, das die beklagte Bundesagentur f $\tilde{A}$ ¼r Arbeit (BA) der beigeladenen Bundesversicherungsanstalt f $\tilde{A}$ ¾r Angestellte (BfA) im Rahmen der Gew $\tilde{A}$ ¤hrung von Arbeitslosenhilfe zu melden hat.

Der Kläger war vom 1. April 1958 bis zum 31. Dezember 1995 abhägngig beschĤftigt. Das ArbeitsverhĤltnis endete durch Kündigung des Arbeitgebers aus betrieblichen Gründen. Die beklagte BA gewährte dem Kläger zunächst Arbeitslosengeld und nach Erschäfpfung dieses Anspruchs ab dem 28. Februar 1998 Arbeitslosenhilfe nach einem Bemessungsentgelt von zuletzt 1.750,00 DM wA¶chentlich. Mit "Leistungsnachweis/Entgeltbescheinigung" vom 24. Februar 2000 teilte die beklagte BA dem KlĤger unter anderem mit, er habe im Zeitraum vom 1. Januar bis 27. Februar 2000 4.710,18 DM Arbeitslosenhilfe bezogen. Als "Entgelt für Rentenversicherung" sei dem Rentenversicherungsträger ein Betrag von 4.710,00 DM mitgeteilt worden. Der KlÄger beantragte daraufhin, dem RentenversicherungstrĤger das Entgelt fļr die Rentenversicherung auf der Grundlage der bis zum 31. Dezember 1999 geltenden und ihm günstigeren Vorschriften zu melden. Mit Bescheid vom 21. August 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. September 2000 lehnte die Beklagte die Aufhebung ihres "Bescheides" vom 24. Februar 2000 nach § 44 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch â∏∏ Verwaltungsverfahren (SGB X) ab. Die ab Januar 2000 geltenden Vorschriften seien beim KlÄzger zwingend anzuwenden.

Klage und Berufung des KlÃ $^{\rm x}$ gers sind erfolglos geblieben (Urteile des Sozialgerichts (SG) Dortmund vom 15. Mai 2001 und des Landessozialgerichts (LSG) Nordrhein-Westfalen vom 15. Juli 2003). Das Berufungsgericht hat im Wesentlichen ausgefÃ $^{1}$ /4hrt: Der KlÃ $^{\rm x}$ ger habe fÃ $^{1}$ /4r den Streit Ã $^{1}$ /4ber die richtige HÃ $^{\rm q}$ he des

rentenversicherungspflichtigen Entgelts zutreffend die meldepflichtige beklagte BA in Anspruch genommen. Dagegen dürfe hierüber nach Auffassung des Bundessozialgerichts ((BSG) Urteil des erkennenden Senats vom 12. Oktober 2000, B 12 KR 2/00 R, SozR 3-2400 § 28b Nr 1) nicht im VerhAxItnis zwischen RentenversicherungstrĤger und Versichertem entschieden werden. Der KlĤger habe jedoch im streitigen Zeitraum ab dem 1. Januar 2000 keinen Anspruch gegen die beklagte BA auf Meldung eines hA¶heren Entgelts an den RentenversicherungstrĤger. Hierin liege auch kein VerstoÄ∏ gegen Art 14 Abs 1 Satz 1 Grundgesetz (GG). Zwar unterliege die Anwartschaft des KlĤgers auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung grundsÄxtzlich der Eigentumsgarantie der Verfassung, doch habe der Gesetzgeber hier die Grenzen einer zulÄxssigen Inhalts- und Schrankenbestimmung gewahrt. Die ̸bergangsregelung in § 276a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch â∏∏ Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) ermĶgliche es den Betroffenen, durch Eigenleistungen eine dem früheren Rechtszustand entsprechende Rentenhöhe zu erzielen und wahre daher die Anforderungen des Vertrauensschutzes. Ebenso wenig sei ein Versto̸ gegen <u>Art 3 Abs 1 GG</u> ersichtlich.

Mit seiner hiergegen eingelegten Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter. Gerýqt werde, dass § 166 Abs 1 Nr 2a iVm § 276a SGB VI insofern gegen Art 3 und Art 14 GG verstieÃ $\Box$ en, als danach die beklagte BA auch fýr rentennahe Jahrgänge nur noch ein Entgelt in Höhe des Zahlbetrages der Arbeitslosenhilfe an den Rentenversicherungsträger zu melden habe. Die gesetzliche Neuregelung kýrze in nicht unerheblicher Weise Rentenansprýche, ohne dass der Eingriff erforderlich und verhältnismäÃ $\Box$ ig sei. Insbesondere fehle es an einer angemessenen  $\Box$ 

Der KlĤger beantragt sinngemĤÄ□,

- 1. das Urteil des LSG vom 15. Juli 2003 und das Urteil des SG vom 15. Mai 2001 aufzuheben,
- 2. die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 21. August 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. September 2000 sowie unter AbĤnderung der Leistungsnachweise vom 24. Februar 2000 und 23. Februar 2001 zu verurteilen, dem RentenversicherungstrĤger fýr die Zeit vom 1. Januar 2000 bis 27. Februar 2001 ein Entgelt in Höhe von 80 vH des Bemessungsentgelts fþr die Arbeitslosenhilfe zu melden,

hilfsweise.

die Beigeladene zu verurteilen, beim Kläger für die Zeit des Arbeitslosenhilfebezugs ab 1. Januar 2000 80 % des Bemessungsentgelts für die Arbeitslosenhilfe entsprechend dem bis 31. Dezember 1999 geltenden Recht als rentenversicherungspflichtiges Entgelt festzustellen und bei der Altersrente ab 1. Januar 2004 (Bescheid vom 30. Oktober 2003) zu berücksichtigen.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

Sie h $\tilde{A}$ ¤lt das angefochtene Urteil f $\tilde{A}$  $\frac{1}{4}$ r zutreffend. Insbesondere sei mit den in Frage stehenden Vorschriften die Rentenanwartschaft des Kl $\tilde{A}$ ¤gers in

verfassungsgemäÃ∏er Weise gekürzt worden.

Der Senat hat wÄxhrend des Revisionsverfahrens mit deren Zustimmung die BfA zum Verfahren beigeladen. Sie beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

Der Senat hat auA

☐erdem vom Vertreter des KlA

¤gers die diesem unter dem 24.

Februar 2000 bzw unter dem 23. Februar 2001 erteilten

Leistungsnachweise/Entgeltbescheinigungen beigezogen.

Ш

Die Revision des KlĤgers bleibt in der Sache ohne Erfolg. Im Ergebnis zutreffend hat das LSG seine Berufung gegen das klageabweisende Urteil des SG bezüglich des vor dem BSG zuletzt noch streitigen Zeitraums vom 1. Januar 2000 bis 27. Februar 2001 zurückgewiesen. Die Anfechtungsklage gegen den Bescheid der beklagten BA vom 21. August 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. September 2000 ist unbegründet, die weitere Anfechtungsklage gegen den Leistungsnachweis/Entgeltbescheinigung vom 23. Februar 2001 unzulässig. Auch steht dem Kläger gegen die Beklagte kein "Anspruch auf Meldung höherer beitragspflichtiger Einnahmen" an die beigeladene BfA zu. Ebenso wenig kommt eine Verurteilung der während des Revisionsverfahrens beigeladenen BfA in Betracht.

- 1. Hintergrund des Rechtsstreits ist eine ̸nderung des Rechts der gesetzlichen Rentenversicherung im SGB VI. Bis zum 31. Dezember 1999 waren bei Beziehern von Arbeitslosenhilfe als beitragspflichtige Einnahme 80 vH des dieser Leistung zugrunde liegenden Arbeitsentgelts, vervielfÄxltigt mit dem Wert, der sich ergibt, wenn die zu zahlende Arbeitslosenhilfe durch die ohne Berücksichtigung von Einkommen zu zahlende Arbeitslosenhilfe geteilt wird, hA¶chstens jedoch der sich bei entsprechender Anwendung von Nummer 2 des <u>§ 166 Abs 1 SGB VI</u> ergebenden Einnahmen zu berücksichtigen (§ 166 Abs 1 Nr 2a SGB VI). Dagegen galt ab dem 1. Januar 2000 § 166 Abs 1 Nr 2a SGB VI in der Fassung von Art 22 Nr 2 Buchst b des Haushaltssanierungsgesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBI I 2534 ). Beitragspflichtige Einnahme ist hiernach die gezahlte Arbeitslosenhilfe. Nur noch diesen, gegenüber dem früheren Recht geminderten, Betrag hat im streitigen Zeitraum auch die BA als zur Beitragszahlung für den Kläger verpflichteter LeistungstrĤger der Beigeladenen gemeldet (vgl § 191 Satz 1 Nr 2, Satz 2 SGB VI iVm <u>§ 28a Abs 1 bis 3</u> des Vierten Buches Sozialgesetzbuch â∏∏ Gemeinsame Vorschriften få¼r die Sozialversicherung (SGB IV)) und den Klå¤ger entsprechend unterrichtet (§ 191 Satz 2 SGB VI iVm § 28a Abs 5 SGB IV).
- 2. Die beklagte BA hat es mit Bescheid vom 21. August 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. September 2000 abgelehnt, ihren "Bescheid" vom 24. Februar 2000 nach <u>§ 44 SGB X</u> aufzuheben. Dies erweist sich im Ergebnis, nicht jedoch in der Begründung als zutreffend. Bei dem Leistungsnachweis/Entgeltbescheinigung der Beklagten handelt es sich nicht um

einen Verwaltungsakt im Sinne von § 31 SGB X, den die BA gemäÃ∏ § 44 SGB X aufheben konnte und musste. Der sachliche Anwendungsbereich des <u>§ 44 SGB X</u> ist nur dann erĶffnet, wenn "objektiv" ein wirksamer und nachtrĤglich wieder aufzuhebender Verwaltungsakt vorliegt. § 44 SGB X nimmt auf den Begriff des Verwaltungsaktes in <u>§ 31 Satz 1 SGB X</u> Bezug. Verwaltungsakt ist danach jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche MaÃ∏nahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalles auf dem Gebiet des Ķffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach auA
∏en gerichtet ist. Die Beklagte hat jedoch allein dadurch, dass sie den Kläger über den Inhalt ihrer Meldung an die beigeladene BfA in Kenntnis gesetzt hat, keine "Regelung" in diesem Sinne getroffen. Sie hat damit weder auf dem Gebiet des ArbeitsfĶrderungsrechts noch auf demienigen der gesetzlichen Rentenversicherung durch Begrļndung, VerĤnderung oder Aufhebung eines subjektiven Rechts oder einer Pflicht eine Rechtsfolge gesetzt (vgl insofern zum Begriff der Regelung etwa Engelmann in von Wulffen, Kommentar zum SGB X, 4. Aufl 2001, § 31 RdNr 24). Vielmehr hat sie gegenüber dem Kläger lediglich der ihr aus Gründen des Datenschutzes (vgl BT-Drucks 11/2221 S 21) auferlegten gesetzlichen Informationspflicht genļgt und damit ohne erkennbaren Rechtsfolgewillen eine blo̸e Wissenserklärung abgegeben (vgl Engelmann, aaO RdNr 52). Zudem fehlt es der Beklagten an der erforderlichen Rechtsgrundlage für die verbindliche Festlegung von Rechtsfolgen im Einzelfall auf dem Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung (vgl zur Erforderlichkeit einer derartigen ErmÄxchtigung die umfangreichen Nachweise bei BSG Urteil vom 20. Dezember 2001, â∏ B 4 RA 50/01 R -, Juris-Nr KSRE046321527 = rv 2002,  $53 = \frac{\text{SGb } 2002, 275}{\text{SChon deshalb ist im vorliegenden}}$ Zusammenhang auf die Frage einer Wertminderung von rentenrechtlichen Positionen des KlĤgers nicht einzugehen.

Der Leistungsnachweis/Entgeltbescheinigung der Beklagten vom 24. Februar 2000 ist auch nicht als sog formeller Verwaltungsakt nach den fýr Verwaltungsakte geltenden Regelungen zu behandeln. Die Beklagte hat nicht den äuÃ☐eren Anschein erweckt, sie wolle eine Regelung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts treffen (vgl zum formellen Verwaltungsakt etwa BSG Urteile vom 20. Dezember 2001, aaO und vom 24. Juli 2003, â☐ B 4 RA 60/02 R -, HVBG-Info 2003, 3002 = AuB 2003, 374, zur Veröffentlichung in SozR vorgesehen). Insbesondere war das damals an den Kläger gerichtete Schreiben entgegen der anders lautenden Behauptung in der Begrþndung des Verwaltungsakts vom 21. August 2000 weder als "Bescheid" bezeichnet noch war es mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Ebenso wenig finden sich darin die im Tatbestand des Berufungsurteils (Seite 2 vorletzter Absatz) behaupteten Hinweise auf die geänderte Rechtslage.

- 3. Unter diesen Umständen handelt es sich auch bei dem nach Form und Inhalt weitgehend vergleichbaren weiteren Leistungsnachweis/Entgeltbescheinigung der Beklagten vom 23. Februar 2001 nicht um einen (formellen) Verwaltungsakt. Eine Anfechtungsklage hiergegen ist daher unzulässig (§ 54 Abs 1 Satz 1 Regelung 1 und 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG)).
- 4. Der Kläger hat gegen die beklagte BA auch keinen im Wege der reinen Leistungsklage nach <u>§ 54 Abs 4 SGG</u> durchsetzbaren "Anspruch auf Meldung

höheren Entgelts". Als Bezieher von Arbeitslosenhilfe steht ihm gegen die Beklagte zwar ein subjektiv-Ķffentliches Recht auf schriftliche Mitteilung des dem RentenversicherungstrĤger Gemeldeten (<u>§ 191 Satz 2 SGB VI</u> iVm <u>§ 28a Abs 5</u> SGB IV), nicht aber ein solches auf die Abgabe der Meldung selbst zu. Diese Meldung hat die BA als LeistungstrĤger unmittelbar dem zustĤndigen RentenversicherungstrĤger zu erstatten (<u>ŧ 191 Satz 1 Nr 2 SGB VI</u>). Ebenso hat die BA unmittelbar an den RentenversicherungstrĤger die wirtschaftlich vom Bund getragenen (§ 170 Abs 1 Nr 1 SGB VI) Beiträge zu zahlen (§ 173 Satz 2 SGB VI). Indes ist der BA hierdurch nicht etwa eine eigene Entscheidungskompetenz zuerkannt. Vielmehr trifft gemäÃ∏ <u>§ 212 Satz 1 SGB VI</u> allein den RentenversicherungstrĤger als GlĤubiger der in Frage stehenden Forderung die Pflicht, die rechtzeitige und vollstĤndige Zahlung unmittelbar an ihn zu entrichtender PflichtbeitrĤge zu überwachen und ist allein er zum Erlass der entsprechenden Verwaltungsakte ermÄxchtigt. Hat daher der Leistungsbezieher Zweifel an der Richtigkeit einer Meldung der BA bzw an der Entrichtung der Beiträge in zutreffender Höhe, bleibt ihm nur, sich an den sachlich zuständigen und daher im Prozess allein passiv-legitimierten RentenversicherungstrĤger zu wenden. Damit gilt grundsÄxtzlich nichts anderes als fļr Arbeitnehmer, die den Streit über die Verpflichtung zur Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen und deren Höhe ebenfalls nicht mit ihrem Arbeitgeber, sondern zulässig allein mit der in diesen FÄxllen zustÄxndigen Einzugsstelle auszutragen haben (vgl hierzu die Entscheidung des Senats in SozR 3-2400 § 28h Nr 5 mwN).

Entgegen der Auffassung der Vorinstanzen ist dem genannten Urteil des Senats in SozR 3-2400 ŧ 28b Nr 1 nicht etwa zu entnehmen, dass dem zur Meldung Verpflichteten gleichzeitig die Rechtsmacht zur Entscheidung unter anderem ýber die Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen ýbertragen wÃxre. Der damals zur Entscheidung stehende Sachverhalt bot bereits keinen Anlass, eine dem geltenden Recht offensichtlich widersprechende Behauptung dieses Inhalts aufzustellen. Zutreffend hatte der dortige KlÃxger nÃxmlich nicht den nach § 28a Abs 1 bis 3 SGB IV meldepflichtigen Arbeitgeber, sondern die in seinem Fall zustÃxndige (§ 28h Abs 2 Satz 1 SGB IV) Einzugsstelle in Anspruch genommen und nach seinem maÃ $\Box$ geblichen Begehren (A§ 123 SGG) deren Verurteilung zur Feststellung der zutreffenden Beitragshöhe beantragt.

Ebenso wenig hat der Senat in dem genannten Urteil einen Rechtssatz des Inhalts aufgestellt, dass der Streit ýber die Höhe des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts nicht im Verhältnis zwischen dem Rentenversicherungsträger und dem Versicherten zu entscheiden wäre. Der Rentenversicherungsträger ist vielmehr nur (aber immer auch dann) fþr die Feststellung von Versicherungs- und Beitragspflicht unzuständig, wenn nicht ausnahmsweise an seiner Stelle nach § 28h Abs 2 Satz 1 SGB IV die Einzugsstelle die Entscheidung zu treffen hat. Dies war damals der Fall, kommt dagegen wegen der auf abhängig Beschäftigte und ihre Arbeitgeber begrenzten Zuständigkeit der Einzugsstelle für den vorliegenden Sachverhalt nicht in Betracht.

5. Der Senat konnte hier auch gegenüber der im Revisionsverfahren beigeladenen BfA nicht entscheiden, ob Beiträge auf der Grundlage eines höheren

Bemessungsentgelts zu entrichten sind. Wie der Senat mit Urteil vom 23. September 2003 (<u>B 12 RA 3/02 R</u>, Die BeitrĤge Beilage 2004, 73, zur VerĶffentlichung in SozR vorgesehen) zuletzt fĽr das Einzugsstellenverfahren entschieden hat, ist in den FĤllen einer gesetzlich abschlieÄ□end und eindeutig bestimmten ZustĤndigkeit eine Verurteilung der beigeladenen Einzugsstelle auf eine im Verfahren gegen den sachlich unzustĤndigen VersicherungstrĤger hilfsweise erhobene Feststellungsklage ausgeschlossen. Die allein in Betracht kommende "entsprechende" Anwendung von å§ 75 Abs 5 SGG wľrde andernfalls zu einer AushĶhlung des Entscheidungsmonopols der Einzugsstelle und des Erfordernisses einer von ihr vor Prozessbeginn getroffenen Verwaltungsentscheidung fļhren. Fļr Verfahren, in denen zunĤchst der Arbeitgeber (vgl hierzu Urteil des Senats in SozR 3-2400 å§ 28h Nr 6 S 20) oder â□□ wie hier â□□ ein LeistungstrĤger verklagt wurde, gilt nichts anderes. Erst recht kann die Beigeladene im vorliegenden Verfahren nicht dazu verurteilt werden, einen hĶheren Wert des bisher streitigen Rechts auf Altersrente festzustellen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Erstellt am: 17.05.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024